

An einem Mittwochmorgen im November nimmt auf der Anklagebank im Saal 114 des Frankfurter Landgerichts ein unscheinbarer Herr im dunklen Anzug Platz. Er hat zwei Anwälte an seiner Seite, Vertreter einer renommierten Wirtschaftskanzlei. Er sitzt mit dem Rücken zum Publikum. Er wird in dem Prozess kein Wort sprechen.

Hier, in dem kleinen Saal mit grellem Licht und quietschendem Linoleumboden, wird einer der schwersten Betrugsfälle der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte verhandelt. Es geht um einen Schaden von mehr als zwei Milliarden Euro. Um Betrüger, die rund 54.000 Menschen um ihr Ersparnis brachten. Und um eine Behörde, die ihn gewähren ließ.

Auf der Anklagebank sitzt nicht der Betrüger. Angeklagt wird der Staat. Der Herr im dunklen Anzug ist sein Stellvertreter. Er ist Regierungsdirektor bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, kurz: BaFin. Ein riesiger Apparat mit 2700 Mitarbeitern, der dafür sorgen soll, dass auf dem Finanzmarkt Recht und Ordnung herrschen. Eine Behörde, deren Namen kaum jemand kennt, deren Arbeit aber fast jeden betrifft. Jeden, der ein Konto hat. Jeden, der eine Versicherung abschließt, einen Kredit aufnimmt oder Geld anlegt. Wie Horst Brömmer zum Beispiel, den Kläger dieses Verfahrens.

Brömmer ist Internist im Ruhestand, ein promovierter Mann mit Schnauzer, der es zu Wohlstand gebracht hat. Ehefrau, drei Kinder und ein Haus mit Garten in Hamburg, im gediegenen Stadtteil Groß Borstel. Um sein Auskommen im Alter zu wahren, tat Brömmer, was der Staat seinen Bürgern seit Jahren predigt: Er legte Geld an. Er verließ sich nicht auf die gesetzliche Rente, er sorgte privat vor. Dann wurde er abgezockt. Und der Staat sagt: Nicht mein Problem.

»Die Akte BaFin« hat fast hundert Seiten und wirft dem Amt »Aufsichtsversagen« vor

Horst Brömmer ist an diesem Morgen nicht persönlich erschienen. Sein Stuhl im Saal bleibt leer. Von seinem Haus in Groß Borstel bis zum Landgericht Frankfurt sind es mehr als fünf Stunden Autofahrt, und Brömmer ist über 70. Die meisten Geschädigten in dem Fall sind Rentner. Brömmer lässt sich von seinem Anwalt Wolfgang Schirp vertreten, einem, der sich seit fast 30 Jahren um die Opfer von Betrügern und Banken kümmert. Und aus leidvoller Erfahrung zum Kritiker der Politik geworden ist. Schirp sagt: Einfache Bürger wie Horst Brömmer haben in Deutschland schlechte Karten gegen die Macht der Finanzindustrie – und die Trägheit der Aufsichtsbehörden.

Brömmer sitzt ein paar Tage nach dem Gerichtsprozess in seinem Haus in Groß Borstel und blättert gemeinsam mit seiner Ehefrau durch die Verträge, die er mit den Betrügern geschlossen hat. Er sagt, wie unangenehm ihm die Sache sei. So unangenehm, dass er seinen echten Namen nicht in der Zeitung lesen will; Brömmer heißt eigentlich anders. Er sagt: »Hätten wir nicht privat geerbt, dann wären wir baden gegangen.« Andere hatten weniger Glück. Sie haben durch den Betrugsskandal alles verloren.

Rund 80.000 Euro hat Horst Brömmer angelegt, bei P&R, einem Unternehmen, das mit Schiffscontainern handelte. Das Geschäftsmodell ging so: Er überwies Geld an P&R. Von dem Geld kaufte P&R Container und vermietete sie an Kunden, an Reedereien zum Beispiel. Die Kunden zahlten Miete, und einen Teil davon bekam Brömmer alle paar Monate ausgezahlt. Nach einigen Jahren schließlich kaufte P&R die gebrauchten Container zurück, damit Brömmer nicht darauf sitzen blieb. Klang gut, das Geschäft. Und zunächst lief es auch gut. Aus Horst Brömmer, dem Arzt, wurde Horst Brömmer, der Containerbesitzer. Das Problem war nur: Einen Großteil der Container gab es gar nicht.

Das Geld, das Brömmer jeden Monat überwies bekam und stets wieder investierte, stammte nicht von den Reedern. Es kam von anderen Anlegern, die sich wie Brömmer in dem Glauben wiegten, sie würden davon Container kaufen. P&R hatte ein Schneeballsystem ins Rollen gebracht. 2018 kollabierte es. Brömmer erfuhr davon aus der Zeitung. Als wenige Wochen später die nächste Auszahlung anstanden hätte, sah Brömmer auf seinem Kontoauszug: nichts. Er beschloss, vor Gericht zu klagen. Nicht gegen den Chef von P&R, der mittlerweile unheilbar krank sein soll und verhandlungsunfähig ist – sondern gegen die BaFin. Die Behörde, glaubt er, hätte ihn vor den Betrügern schützen müssen.

Der Skandal um P&R ist ein gigantischer Anlagebetrug, und er ist nicht der erste, bei dem die



Die Anleger dachten, die Sache mit den Containern sei eine tolle Geschäftsidee. Sie sollten sich irren

Symbolbild: Robin Utrecht/action press

Die Container des Herrn Brömmer

Ein Arzt im Ruhestand versucht, alles richtig zu machen mit seiner Geldanlage – und wird wie Zehntausende andere von Betrügern ausgenommen. Muss die Finanzaufsicht endlich eingreifen? Ein Prozess in Frankfurt **VON CATERINA LOBENSTEIN**

Finanzaufsicht unter Druck gerät. Der Fall wirft Fragen auf, die weit über Horst Brömmer und seine Container hinausgehen: Wie streng sollten staatliche Aufsichtsbehörden die Finanzindustrie kontrollieren? Wie genau schauen sie hin, wenn es nicht um die Steuererklärung einzelner Bürger geht, sondern um die milliarden schweren Betrugsversuche von Banken und Investmentfirmen? Und kann der Staat ein hochkomplexes System wie den globalen Finanzmarkt überhaupt kontrollieren?

Im Gerichtssaal kommt jetzt Brömmeres Anwalt zu Wort. Wolfgang Schirp fordert Schadensersatz. Er zitiert das Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz und eine EU-Richtlinie. Er erinnert an den Auftrag der BaFin, die Verbraucher vor Betrügern zu schützen. Er sagt, die Behörde hätte merken müssen, dass mit den Containergeschäften von P&R irgendetwas nicht stimmt.

Wer Geld anlegt wie Horst Brömmer, der betritt ein Spielfeld, auf dem die BaFin der Schiedsrichter ist. Allerdings ist das Spielfeld riesig: Die BaFin muss rund 1500 Kreditinstitute überwachen, 6100 Fonds, 550 Versicherungsfirmen und 400 Kapitalverwaltungsgesellschaften. Sie kontrolliert, ob Banken und Versicherungen ihre Zinsen und Provisionen korrekt berechnet haben. Oder ob die Verkaufsprospekte von Investmentfirmen wie P&R den gesetzlichen Vorgaben entsprechen. So wie das Gesundheitsamt in den Küchen von Restaurants nach Schmutz sucht, so soll die BaFin in den Büchern von Banken und Finanzdienstleistern nach Regelverstößen suchen. Nur dass die BaFin mit ihrem Auftrag offenbar überfordert ist. Das zumindest legt ein Bericht nahe, der Anfang November erschienen ist. *Die Akte BaFin* heißt er, auf fast hundert Seiten listet er auf, was in den Augen der Verfasser schiefläuft bei der Behörde. Der BaFin fehle es »an Tatkraft oder dem Willen einzugreifen«, schreiben sie. Sie sei »schuldig durch Nichtstun«. Herausgegeben hat den Bericht eine Bürgerbewegung namens Finanzwende, die der frühere grüne Bundestagsabgeordnete Gerhard Schick mitgegründet hat. Zu den Autoren zählen der Bankenforscher Martin Hellwig, einer der angesehensten Ökonomen Deutschlands, sowie ein ehemaliger Referatsleiter aus dem Bundesfinanzministerium. Sie werfen den Beamten der BaFin »Aufsichtsversagen« vor.

In besonderem Maße treffe dies in dem Fall P&R zu, wo die Behörde laut den Verfassern schon vor Jahren hätte »hellhörig werden müssen«. Oder beim Cum-Ex-Skandal, dem größten Steuerraub der deutschen Geschichte. In beiden Fällen hatten Insider jahrelang vor den kriminellen Geschäften gewarnt. In beiden Fällen ging die BaFin den Warnungen nicht nach. »Für beherzte Eingriffe ist die Behörde nicht bekannt«, schreiben die Autoren. Im Vergleich zu den Finanzprüfern in anderen Ländern, etwa in den USA oder Großbritannien, sei die BaFin »mutlos« und »handzahn«.

Bereits Anfang des Jahres hatte die Bürgerbewegung Finanzwende Tausende Unterschriften von Opfern des P&R-Skandals an Felix Hufeld überreicht, den Präsidenten der Behörde. Verbunden mit einem öffentlichen Appell, der das Motto »BaFin, aufwachen!« trug. Hufeld antwortete mit einer Erinnerung an die Eigenverantwortung der Anleger. Kein staatlicher Schutz, sagte er, könne »den einzelnen Verbraucher aus der Verantwort-

ung entlassen, seine Finanzprodukte aufmerksam und verantwortungsvoll zu prüfen«. Anders formuliert: Horst Brömmer ist selber schuld.

In der Küche der Brömmeres gibt es Apfelkuchen mit Sahne. Auf dem Küchentisch liegt der weiße Ordner, in dem all die Verträge mit P&R abgeheftet sind. Die Brömmeres gehören zu jenen Menschen, die, bevor sie ein neues Küchengerät kaufen, die Berichte der Stiftung Warentest lesen. Als Horst Brömmer seine Unterschrift unter den Vertrag mit P&R setzte, in akkurater Kugelschreiberschrift, habe sich das nicht wie ein riskanter Akt angefühlt, sagt er. Sondern wie eine wohlüberlegte Entscheidung. P&R war ein Anbieter, der Gewinn versprach, aber keine utopischen Renditen. Der nicht auf schnelles Geld, sondern auf lange Laufzeiten setzte. Brömmeres privater Finanzberater hatte P&R als seriös bewertet. Brömmer blättert durch den Aktenordner. Er zeigt auf einen Bogen Papier, auf dem der Berater seine Empfehlung handschriftlich erläutert hat. »Ich dachte: ehrliche alte Schule«, sagt Brömmer.

Der Prozess in Frankfurt dreht sich vor allem um den Prospekt, den Brömmer von P&R ausgehändigt bekam und den er jetzt aus dem Ordner zieht. Auf der Vorderseite ist ein blauer Container abgebildet. Innen wird auf mehr als hundert Seiten das Geschäftsmodell erläutert, samt komplexem Firmengeflecht. Prospekte wie dieser sind in Deutschland staatlich geprüft. Doch was genau der Staat geprüft hat, das haben Brömmer und seine Frau bis heute nicht richtig verstanden. »Wir haben die Risiken nie wahrgenommen«, sagt Brömmer, »wir haben unserem Berater vertraut, das war ein ehemaliger Patient von mir.« Seine Frau, eine studierte Lehrerin, die den Finanzberater einen »alten Heini« nennt, sagt: »Wir sind so dusselig.«

Fragt man bei der BaFin, warum ihren Prüfern das kriminelle Firmengeflecht von P&R nicht verdächtig vorkam, antwortet eine Sprecherin mit einer Wortblase: Die Behörde werde ihrem Auftrag, die Verbraucher zu schützen, »weiterhin mit Nachdruck nachkommen«, aber sie könne am Ende nur das tun, was das Gesetz ihr auch erlaube. Doch diese Worthülse ist eine starke Waffe der BaFin in dem Frankfurter Verfahren. Denn laut Gesetz muss die BaFin eine Firma wie P&R weit weniger

streng überwachen als etwa Banken oder Versicherungen. P&R gehört zum sogenannten grauen Finanzmarkt, einem Markt, der kaum reguliert wird. Und so wurde Brömmeres Prospekt zwar von der BaFin überprüft, aber nicht auf inhaltliche Richtigkeit, sondern lediglich auf formale Standards. Ob die Geldanlage legal und das Geschäftsmodell solide war, das interessiert die BaFin nicht. Gälten solche Regeln auch für andere Aufsichtsbehörden, dann wäre das ungefähr so, als würde man die Gesundheitsämter bitten, Imbissbuden nur von außen zu beobachten: Wenn keine großen Ratten zu sehen sind, ist alles in Ordnung.

Gerhard Schick, der Chef der Bürgerbewegung Finanzwende, sagt, Leute wie Horst Brömmer würden vom Staat alleingelassen. Die Vorstellung, dass ein aufgeklärter Kunde nur das unterzeichnen dürfe, was er auch wirklich versteht, hält Schick für »Bullshit«: »Der Kunde kann nicht selbst überprüfen, ob es die Container, in die er investiert, wirklich gibt. Das können nur Experten. Das ist, wie wenn Sie in ein Restaurant gehen: Sie können sehen, ob die Tische sauber sind, ob der Salat frisch ist. Aber Sie können nicht sehen, ob es in der Küche Salmonellen gibt.«

Gerhard Schick und auch Brömmeres Anwalt glauben, dass in Deutschland der politische Wille fehlt, die Finanzaufsicht entscheidend zu stärken. Dabei gab es nach der Finanzkrise durchaus Versuche der Politik, die Banken und Finanzdienstleister in ihre Schranken zu weisen. Allein in der Legislaturperiode von 2009 bis 2013 wurden rund 30 Gesetze verabschiedet, um den Finanzmarkt zu regulieren. Es gibt ein Finanzmarktnovellierungsgesetz, ein Vermögensanlagegesetz, ein Wertpapierhandelsgesetz, ein Kleinanlegerschutzgesetz, ein Anlegerschutzverbesserungsgesetz. Doch was hat das alles gebracht?

Fehlt der Behörde der Jagdinstinkt? Einige BaFin-Leute sprechen nicht mal Englisch

Bis heute müssen Banken, die in kriminellen Geschäften verwickelt waren, von Steuerzahlern gerettet werden – so wie gerade die NordLB mit 3,6 Milliarden Euro. Bis heute wird gegen deutsche Banken wegen des Verdachts auf Geldwäsche ermittelt – so wie gegen die Deutsche Bank, deren Büros im September durchsucht wurden. Bis heute gibt es Firmen, die Anleger wie Horst Brömmer mit gefakten Deals über den Tisch ziehen können – so wie das Investment-Unternehmen PimGold, dessen Chef kürzlich verhaftet wurde. PimGold hatte nicht mit Containern, sondern mit Gold gehandelt.

Erzählt man den Brömmeres, dass die BaFin sich nicht zuständig fühlt, schütteln sie den Kopf. »Aber es gab doch Hinweise«, sagt er. »Man hätte uns doch warnen müssen!«, sagt sie. Nur ein kleiner Trost ist für sie, dass sie mit ihrem Ärger nicht allein sind.

Da ist zum Beispiel Florian Toncar, der finanzpolitische Sprecher der FDP-Fraktion. Toncar ist Rechtsanwalt, spezialisiert auf Bankenregulierung. Er hat in London gearbeitet, für eine internationale Wirtschaftskanzlei. Zu seinen Kunden zählten große Banken, die es regelmäßig mit den Finanzaufsichtsbehörden verschiedener Staaten zu tun bekamen. »Mein Eindruck ist, dass die amerikanischen Aufsichtsbehörden eine ungleich höhere Schlagkraft haben«, sagt er. »Sobald sie Ermittlungen einleiten, weiß jeder Bankvorstand: Es wird ernst für die Bank und auch für mich persönlich.« Die US-Aufseher würden Fehlverhalten nicht nur härter und konsequenter verfolgen, sagt Toncar. Sie seien auch besser darin, Straftaten und schmutzige Deals überhaupt aufzudecken. »Ich habe zwar ein paar richtig gute und motivierte Leute bei der BaFin kennengelernt, aber vielen dort fehlen schlicht ausreichende Kenntnisse vom Bankgeschäft«, sagt Toncar. »Das ist eine eher behäbige Behördenkultur, voller Verwaltungsjuristen, die gerne Checklisten abhaken, aber mit den Bankern oft nicht auf Augenhöhe sprechen können.« Einige BaFin-Beamte sprächen nicht einmal Englisch, erzählt er, die gängige Geschäftssprache in Großbanken. »Die sind zum Teil völlig abgeschottet vom tatsächlichen Marktgeschehen.«

Die Verhandlung vor dem Landgericht in Frankfurt ist nach einer knappen Stunde zu Ende. Horst Brömmer hat verloren. Das Gericht folgte der Argumentation der BaFin. Brömmer geht nun in die nächste Instanz. Zeitgleich wird die Bundesregierung ein neues Gesetz ausarbeiten, das Anleger besser schützen soll. Man wolle auf den Skandal um P&R reagieren und den »Sumpf des grauen Kapitalmarkts« trockenlegen – das hatte das Justizministerium schon im Sommer angekündigt. Ob das Gesetz jemanden wie Horst Brömmer tatsächlich vor Betrügern schützen wird, hängt jedoch nicht nur davon ab, ob es am Ende auch wirklich kommt. Sondern davon, ob jemand prüft, dass es eingehalten wird.

ANZEIGE

DIE FASZINATION DES BÖSEN

VERBRECHEN

JETZT AM KIOSK!

Hier mit Rabatt bestellen:
www.zeit.de/abo-verbrechen